

**Allokations- und Distributionseffekte schrumpfender Bevölkerungen
bei alternativen Alterssicherungssystemen in Modellen
überlappender Generationen
Kommentar zu Klaus Jäger**

von Hans-Werner Sinn

erschieden in:

B. Gahlen, H. Hesse, H. J. Ramser und G. Bombach (Hrsg.):
„Theorie und Politik der Sozialversicherung“,
Schriftenreihe des Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren 19
J . C. B. Mohr (Paul Siebeck): Tübingen 1990, S. 99-101.

Korreferat zum Referat K. Jaeger

Hans-Werner Sinn

Dies ist ohne Zweifel eine gekonnte Abhandlung zur Rolle der Sozialversicherung im Overlapping-Generations-Modell. Virtuos benutzt der Autor das mathematische Instrumentarium dieses Modells, um die intertemporalen Allokations- und Distributionseffekte alternativer Alterssicherungssysteme darzulegen.

Die zum Druck vorgelegte Fassung des Aufsatzes ist gegenüber der Erstfassung stark verbessert worden. Sie macht die auf der Tagung vorgetragene endogene Kritik des Kommentators obsolet. Der Autor hatte zuvor mit Nachdruck die These vertreten, im Normalfall des OLG-Modells (keine Vererbung, schwingungsfrei stabiles Gleichgewicht, $r > n$) erhöhe der Übergang vom Kapitaldeckungs- zum Umlageverfahren die Kapitalbildung. In der neuen Fassung ist diese These in ihr Gegenteil verkehrt worden: Jaeger bestätigt das Standardergebnis der Literatur, daß das Umlageverfahren im Falle eines schwingungsfrei stabilen Gleichgewichts (und beliebiger Größenbeziehung zwischen Zins und Wachstumsrate) die Kapitalbildung behindert (Ergebnis XIII). Bösch und Homburg lagen mit ihren Analysen also doch goldrichtig.

So lobenswert die Korrekturen sind, so wenig Zustimmung kann der Autor dafür erwarten, daß er sich in der revidierten Fassung auf den Fall eines zyklischen OLG-Gleichgewichts zurückzieht, um seinem paradoxen Ergebnis einen Rest an Relevanz zu bewahren und von seiner Kritik an der existierenden Literatur nicht abrücken zu müssen. Abgesehen davon, daß zyklische OLG-Gleichgewichte in der Realität schwer zu finden sein dürften, basiert das paradoxe Resultat auf der notwendigen, aber nicht hinreichenden, Annahme, daß die private Ersparnis anomal auf Zinsänderungen reagiert. (Im Gegensatz zur Erläuterung des Verfassers muß der Substitutionseffekt *kleiner* als der Einkommenseffekt sein). Da Schätzungen von Sparfunktionen in der Regel positive Werte selbst für die unkompenzierte Zinselastizität der Ersparnis aufweisen, braucht man diesem Fall wohl keine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Hauptkritik des Tagungskommentars richtete sich gegen die Art, wie der Autor das ihm gestellte Thema inhaltlich interpretiert hat. Sie bleibt auch für die verbesserte Fassung des Manuskripts unvermindert gültig. Angekündigt wird im Titel die Analyse schrumpfender Bevölkerungen, doch behandelt werden nur abnehmende Wachstumsraten. Eine explizite Analyse negativer Wachstumsraten wird nicht geliefert.

Eine solche Analyse wäre keineswegs trivial und selbst in rein theoretischer Hinsicht mehr als nur eine Verallgemeinerung der bereits präsentierten Ergebnisse. Es ist

wohlbekannt, daß in neoklassischen Wachstumsmodellen vom Solow-Typ im Falle negativer Wachstumsraten keine stabilen Steady-State-Gleichgewichte existieren. Vielleicht hätte es sich gelohnt, dieses Thema für das OLG-Modell zu diskutieren. Jedenfalls ist es wenig hilfreich, die Ergebnisse unter Verwendung des Korrespondenzprinzips, also durch bloße Setzung von Stabilitätsannahmen, zu umgehen. Stabilität und Existenz des Wachstumsgleichgewichts sind möglicherweise gerade die zentralen Probleme von Ökonomien mit schrumpfender Bevölkerung.

Man hätte das Thema darüber hinaus sehr viel weiter fassen können, als es der Autor getan hat. Anstatt zu prüfen, wie Ökonomien auf verringerte oder negative Bevölkerungswachstumsraten reagieren, hätte man sich auch fragen können, ob die verringerten Bevölkerungswachstumsraten ihrerseits ökonomische Ursachen haben.

Ist es Zufall, daß Deutschland das am weitesten entwickelte Sozialversicherungssystem der Welt und zugleich die niedrigsten Geburtenraten aufweist, daß Länder ohne Sozialversicherung besonders hohe Geburtenraten haben? Sicherlich nicht! Es ist wohlbekannt, daß die Sozialversicherung ein Substitut für Kinder ist, wenn Kinder aus Gründen der Altersvorsorge erzeugt werden. Weniger bekannt, aber genauso wichtig, ist der Umstand, daß die Sozialversicherung nach dem Umlageverfahren die Kinderaufzucht bestraft. Wer ein Kind in die Welt setzt, der erzeugt auf dem Wege über das Sozialversicherungssystem einen massiven externen Effekt. Würde dieser Effekt beseitigt oder durch Transfers an die Eltern internalisiert, so hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Reproduktionsentscheidungen. Das Problem einer schrumpfenden Bevölkerung und die daraus resultierenden Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialversicherung würden der Vergangenheit angehören.

Betrachten wir, um den Effekt ganz klar zu machen, die marginale Reproduktionsentscheidung einer heute lebenden Familie. Wenn diese Familie sich entscheidet, ein zusätzliches Kind in die Welt zu setzen, dann induziert sie über das Sozialversicherungssystem zukünftige Nettozahlungen an andere Familien. Sie tut dies jedenfalls dann, wenn sich das Kind und die Kindeskinde mit der durchschnittlichen Wachstumsrate des Versichertenkollektivs reproduzieren. Im Erwerbsleben wird das Kind in die Sozialversicherung einzahlen, und im Alter wird es Rente beziehen. Die Einzahlungen stellen einen sozialen Vorteil dar, denn sie kommen anderen Beitragszahlern oder anderen Rentenbeziehern zugute. Die Rente ist jedoch kein sozialer Nachteil, der von anderen Familien zu tragen wäre. Die Zusatzrente, die durch die Reproduktionsentscheidung der betrachteten Familie anfällt, wird vollständig von den zusätzlichen Enkeln aufgebracht, die wegen genau dieser Entscheidung das Licht der Welt erblicken werden. Die Enkel ihrerseits werden durch die Urenkel versorgt usw. Was bleibt, ist eine Nettozahlung an das System in Höhe der Sozialversicherungsbeiträge des zusätzlich erzeugten Kindes. Diese Beiträge sind der positive externe Effekt der Kinderaufzucht. Es ist nicht verfehlt, diesen externen Effekt auch als eine *Kindersteuer* zu interpretieren. Das Sozialversicherungssystem

verlangt dem neuen Erdenbürger, und damit indirekt den Eltern, die Kindersteuer ab, ohne zum Ausgleich Transfers oder öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen, wie es bei anderen, ebenfalls von dem zusätzlichen Kind im Laufe des Lebens zu begleichenden Steuern der Fall ist.

Der Effekt ist keine Marginalie. Bei 40 Beitragsjahren, einem Beitragssatz von 20 %, einem Bruttolohn von DM 50.000 und einer Wachstumsrate des Lohnes in Höhe des Zinssatzes macht die Kindersteuer barwertmäßig DM 400.000 aus. Bei einem solch astronomischen Betrag ist es doch kein Wunder, daß der Kindersegen nachläßt. Selbst derjenige, der Beckers ökonomischer Theorie der Familie skeptisch gegenübersteht, kann schwerlich bestreiten, daß die Auszahlung eines entsprechenden Kompensationsbetrages an die junge Familie geeignet wäre, die Fruchtbarkeitsentscheidung zu beeinflussen. Die Analyse dieses Zusammenhangs wäre eine mögliche Alternative zur weiteren Vertiefung in die Verästelungen des OLG-Modells gewesen.